Friedensappelle zum Katholikentag

15. Mai 2018

Münster (KNA) In einem Friedensappell zum Katholikentag fordert das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) mehr Respekt vor Andersdenkenden und mehr Engagement für gewaltfreie Lösungen von Konflikten. Außerdem rief das Katholikenkomitee zum Abschluss seiner zweitägigen Vollversammlung in Münster zum Kampf gegen Ausgrenzung und Hetze auf.



Das Gremium betonte zudem, dass momentan besonders Antiislamismus und Antisemitismus den gesellschaftlichen Frieden bedrohten. Darüber hinaus forderte das ZdK den Bundestag als Gesetzgeber auf, den Paragrafen 219a mit dem Werbeverbot für Abtreibungen unverändert beizubehalten.

Die Vollversammlung des höchsten repräsentativen Gremiums des deutschen Laien-Katholizismus hatte sich am Dienstag und Mittwoch vor Beginn des 101. Katholikentages unter dem Motto „Suche Frieden“ in Münster getroffen. Das ZdK ist Veranstalter des Christentreffens, zu dem bis Sonntag insgesamt mehr als 70.000 Besucher erwartet werden.

„Als Christinnen und Christen wollen wir insbesondere mit den Angehörigen anderer Religionen und Weltanschauungen friedlich zusammenleben“, heißt es in einem vom ZdK verabschiedeten Manifest. „Kriege, militärische Gewalt und rhetorisches Säbelrasseln prägen

die internationale Politik“, hält das Komitee fest und verweist unter anderem auf Syrien. Politische und diplomatische Lösungen seien aber möglich.

Manche gesellschaftlichen und politischen Kräfte versprächen einfache Lösungen, kritisierte das ZdK weiter. Sie setzten auf Nationalismus, Hetze und Ausgrenzung. Beim Thema Antisemitismus wandte sich ZdK-Präsident Thomas Sternberg dagegen, Muslime unter einen Generalverdacht zu stellen. Hinter Judenhass stünden oft völkisches Denken, Dummheit und auch religiöse Motive. Dies sei klar abzulehnen.

Weiter fordert das Zentralkomitee mehr sozialen Frieden. Viele Menschen fühlten sich abgehängt, weil ihr Einkommen nicht reiche, heißt es in dem Manifest. Sternberg kritisierte den Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst, der untere Gehaltsgruppen benachteilige. Menschen, die mit ihrem Verdienst knapp über der Grenze für staatliche Leistungen lägen und kaum über die Runden kämen, hätten insgesamt kaum eine Lobby, so Sternberg.

International sind laut ZdK unfaire Handelsbeziehungen zwischen den Ländern des Nordens und Südens, die Ausbeutung von Rohstoffen und die Vernichtung lokaler Märkte zu stoppen. Weltweite Migrationsströme hätten nicht nur in Verfolgung und Krieg, sondern auch in Hunger und bitterer Armut ihre Ursache. Auch Umwelt- und Klimaschutz seien eine notwendige Voraussetzung für internationale Gerechtigkeit und Frieden mit den kommenden Generationen.

Aus Sicht des ZdK soll das Werbeverbot für Abtreibungen unverändert bleiben. In einer Erklärung fordert es den Bundestag auf, den Paragrafen 219a unverändert beizubehalten. Das Werbeverbot sei „ein wichtiger Bestandteil“ in dem Kompromiss, der durch die Abtreibungsparagrafen 218 und folgende gefunden worden sei.

(KNA – skpkt-89-00118)

Stand: 16. November 2026